

Inhalt

- 2 Tag der Ausbildung:** Staatssekretär Dr. Bernhard Heitzer forderte die Unternehmen in Deutschland am 7. Mai 2012 auf, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.
- 3 Barrierearmes Wohnen:** „Ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden muss auch im Alter möglich sein“, erklärte Axel Gedaschko anlässlich einer Anhörung im Bundestag.
- 5 Brandenburg:** Laut einer aktuellen Bevölkerungsprognose bis 2030 wird die Geschwindigkeit des Bevölkerungswunders vor allem im Berlin-fernen Raum weiter zunehmen.

Mietrecht: „SPD-Vorschläge wären das Ende für die energetische Sanierung von Wohngebäuden“

Berlin – In ihrem am 8. Mai 2012 in Berlin verabschiedeten Antrag zum Mietrecht hat die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag unter anderem gefordert, die Umlagefähigkeit der Kosten von Modernisierungsmaßnahmen von 11 auf neun Prozent jährlich zu senken sowie die Regelung zum Energiecontracting deutlich zu verkomplizieren. „Solche Regelungen würden das Engagement der Wohnungs- und Immobilienunternehmen, aber auch der privaten Vermieter, für die energetische Sanierung von Wohnungsbeständen rasch beenden. Diese Pläne sind mehr als kontraproduktiv, wenn wir die Klimaschutzziele für den Wohnungsbereich erreichen wollen“, erklärte Axel Gedaschko, Vorsitzender der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI) und Präsident des GdW Bundesverbands.



Foto: Thorben Wengert/pixello.de

Der Vorschlag, die Umlagefähigkeit der Kosten von Modernisierungsmaßnahmen auf neun Prozent zu senken, würde das Engagement der Vermieter bei der energetischen Sanierung beenden.

Die geltenden mietrechtlichen Regelungen haben schon heute zur Folge, dass sich die Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden finanziell kaum lohnt. Auch die Kosten für die bauliche Modernisierung und Anpassung der Wohnungen an geänderte Wohnbedürfnisse können vielerorts nicht erwirtschaftet werden. Daher können für den eigentlich notwendigen Neubau in Gebieten mit entsprechendem Wohnraumbedarf keine hinreichenden Anreize geschaf-

fen werden. Der unzureichende Wohnungsbau in Städten mit Wohnraummangel trifft insbesondere die Bewohner mit niedrigem Einkommen.

„Die Vorschläge zur Senkung der Umlagefähigkeit sind ein ungerechtfertigter Eingriff in das Eigentumsrecht der Vermieter“, so Gedaschko. „Kein Markt ist so gut zugunsten des Verbrauchers – in diesem

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Bund erwartet leichte Mehreinnahmen

Bund, Länder und Kommunen können in den kommenden Jahren mit mehr Steuereinnahmen rechnen – allerdings dürfte das zusätzliche Milliarden-Plus nicht allzu hoch ausfallen, wie die *Financial Times Deutschland* in ihrer Ausgabe vom 7. Mai 2012 berichtete. Im laufenden Jahr werden die Steuermehreinnahmen nach einer Schätzvorlage des Bundes gegenüber der Prognose vom November 2011 voraussichtlich etwa 3,7 Milliarden Euro betragen. (wi)

TKG-Novelle in Kraft getreten

Die Anfang des Jahres vom Deutschen Bundestag und Bundesrat beschlossene umfassende Änderung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) ist am 10. Mai 2012 in Kraft getreten. Als Teil der Breitbandstrategie der Bundesregierung soll die TKG-Novelle zusätzliche Anreize für Investitionen in neue Hochgeschwindigkeitsnetze schaffen und den Netzausbau erleichtern. Auch für Verbraucher enthält das Gesetz einige Neuerungen. (wi)

Zahl der Unternehmensinsolvenzen gesunken

Im Februar 2012 meldeten die deutschen Amtsgerichte 2.353 Unternehmensinsolvenzen. Das waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 4,5 Prozent weniger als im Februar 2011. Im Januar 2012 wurde ein Anstieg der Unternehmensinsolvenzen von 0,7 Prozent gegenüber dem Januar 2011 registriert. (wi)

Kommission startet Befragung zum „Schutz der europäischen Wasserressourcen“

Brüssel – Die Europäische Kommission greift das Thema Wasser in einer Konsultation zu „Strategischen Optionen für das Konzept zum Schutz der europäischen Wasserressourcen“ erneut auf. Noch im Jahr 2012 soll der Plan zur Sicherung europäischer Wasserressourcen folgen. In diesem Zusammenhang fragt die Kommission nach Wegen, um die europäische Wasserpolitik zu stärken.

Wohnungswirtschaftlich interessant ist in diesem Zusammenhang das Problem Nummer vier des Fragebogens: „Die Gestaltung von Gebäuden und wasserverbrauchenden Geräten wird bei der Wassereffizienz nicht ausreichend berücksichtigt“. Hier wird vor allem der auf europäischer Ebene nicht einheitliche Ansatz herausgestellt. In die-

sem Rahmen fragt die Kommission auch nach der Anwendung von Leistungszertifizierung und einer Wassereffizienzrichtlinie, die – ähnlich der Energieeffizienzrichtlinie – angedacht wird. Weitere Themen sind Sickerverluste in Distributionsnetzen, individuelle Zähler und illegale Entnahme sowie Bepreisungsstrategien und deren Einfluss

auf das Verbraucherverhalten. Die Konsultation läuft bis zum 7. Juni 2012.

(oen/schi) ■

➔ **Weitere Infos in englischer Sprache auf <http://ec.europa.eu/environment> unter „Consultations“**

BUNDESPOLITIK

➔ *Fortsetzung von Seite 1*

Fall des Mieters – reguliert wie der Wohnungsmarkt. Der Vermieter kann gar nicht willkürlich die Preise für das Wirtschafts- und Sozialgut Wohnung festlegen“, erklärte der BSI-Vorsitzende weiter. Das in seinen Grundsätzen von den BSI-Verbänden und deren Unternehmen anerkannte soziale Mietrecht gewährleistet für den Mieter durch die Begrenzung auf die Vergleichsmiete moderate Entwicklungen der Mieten. Dies belegt auch der geringfügige Anstieg der Mieten in Deutschland. Von

Anfang 2000 bis Ende 2011 sind die Kaltmieten lediglich um 14,7 Prozent gestiegen, während sich der allgemeine LebenshaltungsindeX im gleichen Zeitraum um 21,5 Prozent erhöht hat.

Auch die deutliche Einschränkung beim Energiecontracting sieht die Immobilienwirtschaft kritisch. Die bereits bestehenden Möglichkeiten und auf breiter Front laufenden sowie abgeschlossenen Umstellungsmaßnahmen zur Hebung von Energieeffizienzreserven würden dadurch abgeschafft

und damit ein wirkungsvolles Instrument der Energieeinsparung zerstört. „Das kann nicht Sinn und Zweck einer Mietrechtsreform sein“, so der BSI-Vorsitzende. Aus Sicht der BSI muss eine sinnvolle Mietrechtsreform vor allem folgende Punkte enthalten: Die Duldungspflicht einer energetischen Modernisierung durch den Mieter, eine einfachere Räumung von Wohnungen bei Einmietbetrügnern sowie die Ermöglichung von Energiecontracting für diejenigen Bestände, für die bislang keine Regelung besteht.

(burk) ■

„Tag des Ausbildungsplatzes“ – Potenziale bei der Ausbildung von jungen Menschen stärker nutzen

Berlin – Anlässlich des „Tages des Ausbildungsplatzes“ forderte der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Dr. Bernhard Heitzer, die Unternehmen in Deutschland am 7. Mai 2012 auf, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen – auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Mit der Azubi-Kampagne „Du bist mehr Immobilienprofi, als du denkst“ nimmt der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen gemeinsam mit seinen Regionalverbänden seit Jahren eine Vorreiterrolle bei der branchenspezifischen Aus- und Weiterbildung von Fachkräften ein.

Staatssekretär Dr. **Bernhard Heitzer** appellierte an die Unternehmerinnen und Unternehmer, mehr Ausbildungsplätze im eigenen Betrieb zu schaffen, hier gebe es noch großes Potenzial. Des Weiteren wies er auf die Notwendigkeit einer verstärkten betrieblichen Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund hin, da diese im Vergleich zu deutschen Jugendlichen in der dualen Berufsausbildung unterrepräsentiert seien. „Ausbildung ist Zukunft. Nur wer selbst ausbildet, kann dem Fachkräftemangel im eigenen Betrieb begegnen“, erklärte Heitzer. Den Jugendlichen stehe ein breites Spektrum von rund 350 Ausbildungsberufen offen. „Nutzen Sie die vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten der Kammern, der Agenturen für Arbeit

sowie der Schulen. Wer als Jugendlicher engagiert, flexibel und mobil ist, hat heute beste Chancen auf einen Ausbildungsplatz“, sagte Heitzer.

„1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 30 Jahren haben keine Berufsausbildung. Sie sind vom Aufstieg durch Bildung abgeschnitten“, mahnten **Katja Mast**, stellvertretende Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales, und der zuständige Berichterstatter für Berufliche Bildung, **Willi Brase**. „Bis jetzt zeigt die Bundesregierung kein Konzept, um diesen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen. Für die SPD-Bundestagsfraktion gilt: Kein Jugendlicher darf verloren gehen – jeder Mensch hat ein Recht auf

Ausbildung und gute Arbeit.“ Ziel müsse es sein, junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf und beim Übergang von der Ausbildung in gute Arbeit zu unterstützen. Nur so lasse sich der zukünftige Fachkräftebedarf in Deutschland decken.

Bereits seit vier Jahren sind die Verbände und Unternehmen im GdW mit der Azubi-Kampagne unter dem Motto „Du bist mehr Immobilienprofi, als du denkst“ sehr aktiv, um die Ausbildung und das Studium in der Immobilienwirtschaft bekannter zu machen und dafür zu werben. Zusätzlich bieten die Prüfungsorganisationen im GdW nun auch jungem Prüfungsnachwuchs an der EBZ Business School in Bochum einen Bachelor-

Weiter auf Seite 3 ➔

Barrierearmes Wohnen: Selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden auch im Alter ermöglichen

Berlin – „Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen sollten eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des Lebens haben. Das gilt auch für den Bereich des Wohnens“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und Vorsitzender der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI) am 9. Mai 2012 anlässlich einer Anhörung im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zum Thema barrierefreie Mobilität und barrierefreies Wohnen im Deutschen Bundestag.

Angesichts der Verdreifachung der Zahl der Hochaltrigen (80 Jahre und älter) bis zum Jahr 2050 auf gut zehn Millionen Menschen und dem Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen haben es sich die GdW-Wohnungsunternehmen zur Aufgabe gemacht, ihren Mietern und Mitgliedern ein „Wohnen für ein langes Leben“ anzubieten. So soll es möglich werden, dass ältere Menschen sowie Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in ihren vertrauten vier Wänden führen können. Dies entspricht nicht nur dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, sondern entlastet die sozialen Sicherungssysteme und Kommunen von den deutlich höheren Kosten einer stationären Versorgung. Die GdW-Unternehmen haben eine Vorreiterrolle übernommen und den Wohnungsbestand bereits vielfach an die speziellen Bedürfnisse vor allem älterer Menschen angepasst. Schon heute sind mehr als 300.000 GdW-Wohnungen barrierearm oder barrierefrei. Das sind fünf Prozent aller GdW-Wohnungen. Zum Vergleich: Bundesweit sind nur rund 1,5 Prozent – 550.000 Wohnungen – aller Wohnungen bereits in einem solchen Zustand. Zudem können Mieter in GdW-Unternehmen häufig spe-

zielle Dienstleistungen und Pflegeangebote für Ältere abrufen, die zunehmend durch neue technische Assistenzsysteme ergänzt werden.

„Dennoch muss angesichts der demografischen Entwicklungszahlen deutlich mehr geschehen, um noch mehr Wohnungen barrierearm oder -frei zu gestalten“, so der GdW-Präsident. Der verbindliche barrierefreie Standard beim Wohnungsneubau im Rahmen der derzeitigen Regelungen in den Bauordnungen der Länder sei dafür aber angemessen. Das bedeutet: Beim Neubau von Gebäuden mit je nach Bundesland mehr als zwei, vier beziehungsweise sechs Wohnungen müssen die Wohnungen barrierefrei erreichbar und in diesen Wohnungen die Wohn- und Schlafräume, eine Toilette, ein Bad sowie die Küche oder die Kochnische mit dem Rollstuhl zugänglich sein. Eine barrierefreie Ausstattung aller neuen und bestehenden Wohnungen sei nicht notwendig. Im Gebäudebestand sei sie allein aus baulichen und technischen Gründen nicht realisierbar. Zudem wären die Umbaukosten so hoch, dass sie weder von privater noch von staatlicher Seite getragen werden könnten. „Wir sprechen

uns allerdings deutlich dafür aus, Barrieren im Gebäudebestand beispielsweise anlässlich von Modernisierungen zu vermindern“, so Gedaschko. Dies sei sinnvoll und technisch umsetzbar. Für die meisten Menschen sei ein sogenannter barrierearmer Standard in der Praxis vollkommen ausreichend.

Gedaschko begrüßte darüber hinaus den Vorschlag von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass der Bund ab 1. Januar 2013 wieder in die Finanzierung des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ einsteigen soll. Zudem hält der GdW eine Ausweitung der Finanzierung wohnumfeldverbessernder Maßnahmen gemäß § 40 Absatz 4 Sozialgesetzbuch (SGB) XI für wichtig. Dies würde mobilitätsfördernde Umbauten beim Gebäude- und Wohnungszugang und Barrierereduzierungen innerhalb der Wohnungen (Schwellen, Schalter, Bäder, Küchen) sowie Einbauten zur Erhöhung der Selbstständigkeit im Bereich technischer Assistenzsysteme in der Wohnung betreffen. (burk) ■

► Eine ausführliche Stellungnahme finden Sie unter www.gdw.de

► Fortsetzung von Seite 2

Studiengang an, um den künftigen Branchennachwuchs noch stärker zu fördern. „Wir müssen jungen Leuten vermitteln, welch hervorragende Karrierechancen sie in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft haben“, erklärte GdW-Präsident Axel Gedaschko. „Dazu gehört eine fundierte Ausbildung ebenso wie eine gute Fort- und Weiterbildung. Und unsere Branche bietet all das.“ Der GdW hat auf dem Internetportal „Immokaufleute“ eine spezielle Ausbildungsdatenbank eingerichtet, auf der sich potenzielle Bewerber für ihren Berufseinstieg direkt an Wohnungsunternehmen wenden können. Unter dem neuen Slogan „Spannender als du denkst“ für die kürzlich eingelaufene zweite Phase der Azubi-Kampagne bietet die kombinierte Website in den Bereichen

„Azubi werden“ und „Wir Ausbilder“ alles Wissenswerte zu den Berufsmöglichkeiten in der Branche, Erfahrungsberichte von Auszubildenden und Unternehmern und Informationen über Ausbildungsmessen.



Die ehemalige Fußball-Bundesligaspielerin und Jugendländerspielerin Mirja Kothe absolvierte ihre Ausbildung zur Immobilienkauffrau mit anschließendem Master-Studium und ist das neue Gesicht der GdW-Azubi-Kampagne.

Zusätzlich zur klassischen Ausbildung gibt es in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft die Möglichkeit, branchenbezogen zu studieren: Hier sind Bachelor- und Masterabschlüsse gefragt – und insbesondere Formen des dualen Studiums, also das parallele Absolvieren von Beruf und Studium. „Dafür brauchen wir gute Angebote“, so Gedaschko. „Neben der Ausbildungskampagne, die sich in erster Linie an junge Leute richtet, entwickeln wir aktuell ein Konzept für das ‚Lebenslange Lernen‘, um alle Beschäftigten in den Wohnungsunternehmen zu motivieren, sich verstärkt und kontinuierlich fortzubilden und insbesondere den Anforderungen einer verlängerten Lebensarbeitszeit gerecht werden zu können.“ (schi) ■

► Alle Infos zur Azubi-Kampagne des GdW finden Sie auf www.immokaufleute.de

Neue Studie zeigt: Integrationspolitik ist zentrale Zukunftsaufgabe in Städten, Gemeinden und Landkreisen

Berlin – Integrationspolitik wird von den Kommunen in Deutschland als zentrales Thema wahrgenommen. Immer häufiger verankern Städte, Gemeinden und Landkreise Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung. Zudem entwickeln immer mehr Kommunen eine eigene Gesamtstrategie zur Integration von Migrantinnen und Migranten. Das geht aus der Studie „Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland“ hervor, die am 8. März 2012 in Berlin von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Maria Böhmer, dem Staatssekretär im Bundesbauministerium, Rainer Bomba, sowie dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus, vorgestellt wurde.

„Integration entscheidet sich vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Landkreisen“, erklärte Staatsministerin **Maria Böhmer**. „Dort kommen Menschen unterschiedlichster Herkunft tagtäglich zusammen: am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Nachbarschaft, im Verein. Umso wichtiger sind die drei Kernbotschaften der Studie: Immer mehr Kommunen machen Integration zur ‚Chefsache‘ – damit erhält die Zukunftsaufgabe Integration den Stellenwert, der dem Thema gerecht wird. Integration wird zunehmend als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert, von der Altenhilfe bis zur Kinderbetreuung – dadurch kommt es zu einer stärkeren Vernetzung der Akteure vor Ort, Integrationsangebote können dadurch effektiver und passgenauer vermittelt werden. Notwendig ist ein Paradigmenwechsel: von der Projektförderung hin zum Regelangebot. Das sichert die nachhaltige Förderung der Integration vor Ort. Mit ihrem Einsatz leisten die Städte, Gemeinden und Landkreise einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des Zusammenhalts.“

„Die Ergebnisse der Studie belegen eindringlich, dass sich viele Kommunen den aktuellen Herausforderungen der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels bereits mit großem Engagement widmen“, erklärte Staatssekretär **Rainer Bomba**. Laut Studie messen 71,5 Prozent der befragten Städte, Gemeinden und Landkreise dem Thema Integration eine sehr hohe oder hohe Bedeutung bei. Der Stellenwert der kommunalen Integrationspolitik wird vor allem von der Gemeindegröße und dem Migrantenanteil an der lokalen Bevölkerung beeinflusst: 98,5 Prozent der Großstädte, 66,2 Prozent der Mittelstädte, 63 Prozent der Landkreise und 48,8 Prozent der Kleinstädte und Gemeinden schreiben der Integration von Zugewanderten eine sehr hohe oder hohe Bedeutung zu. Viele Kommunen haben sich vom Defizitansatz gelöst und versuchen, die Chancen und Potenziale der Zuwanderung systematisch in den Blick zu nehmen. Dem demografischen Wandel und dem zunehmenden Fachkräftemangel kommt hierbei eine verstärkende Rolle zu.

„Es ist erfreulich, in welchem Maße die Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände zur Integration vor Ort umgesetzt werden“, erklärten die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Dr. **Stephan Articus** vom Deutschen Städtetag, Prof. Dr. **Hans-Günter Henneke** vom Deutschen Landkreistag und Dr. **Gerd Landsberg** vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. „Die Kommunen sind bereit, ihr Möglichstes für eine gelingende Integration beizutragen. Ohne eine entsprechende finanzielle Ausstattung können jedoch die Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund nicht überall ausreichend gefördert werden. Gerade finanzschwache Städte, Landkreise und Gemeinden stehen hier vor erheblichen Schwierigkeiten.“

„Es gilt, eine wirkliche Willkommenskultur in den Behörden zu entwickeln. Dafür ist ein Mentalitätswandel im Umgang mit Migranten notwendig: von der Defizit- hin zur Potenzialorientierung! Zudem brauchen wir mehr Menschen aus Zuwandererfamilien im öffentlichen Dienst, beispiels-

weise als Erzieherinnen, als Lehrkräfte, bei Polizei, Feuerwehr und in der Verwaltung“, so Staatsministerin Böhmer. „Erfolgreiche Integration entscheidet sich vor Ort“, so Staatssekretär Bomba. „Dabei hat sich gezeigt, dass Integration und Stadt(teil-)entwicklung Hand in Hand gehen. Stadt- und Ortsteile sind mit dem vielfältigen, größtenteils ehrenamtlichen Engagement oftmals Integrationsmotor.“

Mit dem weiterentwickelten Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“, stehen 2012 durch den Bund 40 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden insbesondere städtebauliche Investitionen, die für mehr Familienfreundlichkeit, Generationengerechtigkeit, Integration und sozialen Zusammenhalt sorgen, unterstützt. Darüber hinaus sollen künftig stärker neue Partner, wie zum Beispiel Unternehmen und Stiftungen, in die Stadtteilentwicklung eingebunden werden.

(rudolbästschi) ■

➔ Die Studie sowie weitere Infos finden Sie unter www.bmvbs.de/studie-integrationspolitik

LANDESPOLITIK

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Kiel – Am 6. Mai 2012 waren 2.240.148 Wahlberechtigte in Schleswig-Holstein aufgerufen, das dortige Landesparlament zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,1 Prozent.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis:

Partei	Stimmenanteil in %	Sitze
CDU	30,8 %	22
SPD	30,4 %	22
FDP	8,2 %	6
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13,2 %	10
DIE LINKE	2,2 %	–
SSW	4,6 %	3
PIRATEN	8,2 %	6

Quelle: Landeswahlleiterin Schleswig-Holstein

Der Landtag in Kiel besteht nach dem Landeswahlgesetz Schleswig-Holstein aus 69 Abgeordneten.

(schi) ■

Bevölkerungsprognose: Brandenburg vor „Leerstands-Tsunami“?

Potsdam – Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat Anfang Mai 2012 gemeinsam mit dem Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg die aktualisierte Bevölkerungsprognose bis 2030 veröffentlicht. Das Ergebnis: Vor allem im Berlin-ferneren Raum wird die Geschwindigkeit des Bevölkerungsschwundes weiter zunehmen.

„Die Zahlen unterstreichen: Für eine Pause ist beim Stadtumbau Ost keine Zeit. Die zweite Leerstandswelle könnte zum Tsunami werden, wenn die Bundesregierung nicht endlich aufwacht. Wo bleibt ein klares Konzept für die Fortsetzung des Stadtumbaus? Wo bleibt die Anschlusslösung für die Altschuldenhilfe?“, fragte Maren Kern, Vorstand beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU). Aktuelle Zahlen zum Wohnungsleerstand kündigte sie für den 23. Mai 2012 an.

Die Anfang Mai vorgelegten Zahlen gehen für das Land Brandenburg bis 2030 insgesamt von einer Bevölkerungsabnahme um rund 10 Prozent beziehungsweise 253.000 Menschen aus. Bevölkerungsgewinnen im Berliner Umland, allen voran Potsdam, stehen massive Bevölkerungsverluste im weiteren Metropolenraum gegenüber. Hier wird die Einwohnerzahl 2030 um rund ein Fünftel beziehungsweise knapp 300.000 Menschen niedriger sein als 2010. „Wir dürfen uns hier

nichts vormachen: Die Bevölkerungsprognose beschreibt keine ferne Zukunft, sondern die Entwicklung der unmittelbar nächsten Jahre“, unterstrich Kern. Und anders als beim Klimawandel würden sich die vorhergesagten Entwicklungen sehr schnell und sehr deutlich im Leben der Menschen manifestieren – in Form leer stehender Stadtquartiere und schwieriger werdender Infrastrukturversorgung.

Am härtesten vom Bevölkerungsschwund betroffen ist nach den Zahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg der Landkreis Spree-Neiße. Hier wird die Bevölkerung bis 2030 um rund 24,4 Prozent abnehmen. Auf Platz zwei folgt die Prignitz mit einem Minus von 24,2 Prozent. Platz drei belegt Elbe-Elster (-22 Prozent), Platz vier Oberspreewald-Lausitz (-21,6 Prozent) und Platz fünf die Uckermark (-20,4 Prozent). Bei den kreisfreien Städten ist Brandenburg an der Havel besonders betroffen (-11,5 Prozent), Frankfurt (Oder) und Cottbus folgen mit

einem Minus von 11,4 beziehungsweise 7,8 Prozent auf den Plätzen zwei und drei. Mit einer prognostizierten Bevölkerungszunahme um 19,3 Prozent bildet die Landeshauptstadt Potsdam eine absolute Ausnahme in diesem Ranking: Für keine andere kreisfreie Stadt und keinen Landkreis im Land Brandenburg wird ein Bevölkerungswachstum erwartet.

„Wir appellieren in aller Dringlichkeit an die Bundesregierung: Nehmen Sie Ostdeutschlands Städte ernst“, forderte Kern. „Halten Sie die Menschen nicht länger hin, sondern lassen Sie uns die Instrumente, damit unsere Städte weiterhin eine Zukunft haben.“

Am 23. Mai 2012 wird der BBU in Potsdam auf seiner Jahrespressekonferenz die aktuellen Zahlen zu Wohnungsleerstand und Leerstandserwartungen für das Land Brandenburg vorlegen. Erste Auswertungen ließen tiefe Brems Spuren beim weiteren Abbau des Leerstands erwarten. (ebelschi) ■

„Lieber gemeinsam als einsam!“ – Ein Angebot der norddeutschen Wohnungswirtschaft zum gemeinschaftlichen Wohnen

Hamburg – Auf dem 10. Seniorentag in Hamburg diskutierte Dr. Joachim Wege, Verbandsdirektor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW), am 4. Mai 2012 mit weiteren Experten aus Wohnungswirtschaft und Politik über die Zukunft des Wohnens im Alter und gemeinschaftliche Wohnformen. Der VNW setzt sich verstärkt für die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung ein – denn „niemand wohnt so viel“ wie sie.

Die meisten Senioren verbringen den Großteil des Tages in der Wohnung, die damit wichtiger Faktor ihrer Lebensqualität ist. Dieser Herausforderung stellt sich die Wohnungswirtschaft und passt das Wohn- und Serviceangebot diesen Bedürfnissen an, um ein möglichst langes Wohnen in der vertrauten Wohnung zu ermöglichen.

„Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen Lust am Älterwerden haben, und möchten sie dabei unterstützen“, so VNW-Verbandsdirektor Dr. Joachim Wege. Partnerschaftlich mit Städten, Kommunen und Kreisen schaffen die VNW-Mitgliedsunternehmen barrierefreien Wohnraum mit individuellen Betreuungsmöglichkeiten und seniorenfreundlichem Umfeld. Von typischen Seniorenwohnungen, über Wohngemeinschaften für „Alte“ bis hin zu selbstbestimmten Mehrgenerationenhäusern – das Angebot der genossenschaftlichen wie kommunalen Unternehmen ist vielfältig. „Lieber

Daheim als im Heim, aber auch lieber gemeinsam als einsam!“ – so die Devise.

Immer mehr Menschen wollen selbstbestimmt und gemeinschaftlich leben. Verschiedene Wohnformen und Wohnprojekte haben sich bereits entwickelt und es werden immer mehr. Das Wohnen in einer selbstorganisierten Gemeinschaft wie einer Wohnungsgenossenschaft bietet viele Vorteile für alle Generationen. Im Hinblick auf den demografischen Wandel ergeben sich dabei vor allem für ältere Menschen alternative Wohnmöglichkeiten.

Seinen Nachbarn kann man sich nicht aussuchen. Oder vielleicht doch? Die 77-jährige Hamburgerin Gerda Hallberg zum Beispiel entschied sich vor acht Jahren gemeinsam mit ihrem Mann für ein selbstorganisiertes Wohnprojekt. Zusammen mit den zukünftigen Nachbarn plante und baute das Ehepaar sein jetziges Heim unter

dem Dach einer Wohnungsgenossenschaft. „Wir alle wollten ein Umfeld mit Zuwendung – wenn nötig auch mit Hilfe. All das haben wir hier gefunden. Alle Bewohner/innen bringen sich in dieses Projekt ein – nach Fähigkeiten und Zeit. Wir verwalten und organisieren alles selber“, so die Seniorin. In dem Wohnprojekt leben 32 Erwachsene unterschiedlichen Alters und 13 Kinder. Gerda Hallberg würde immer wieder dort hinziehen. Für sie bedeutet es, autark zu leben und gleichzeitig ein vertrautes Umfeld zu haben. „Ich kann allen raten, sich rechtzeitig nach einem Projekt umzusehen – sich in eine Gemeinschaft einzubringen und viel Toleranz mitzubringen“, so die 77-Jährige.

Auch Dr. Joachim Wege möchte alle Generationen dazu ermutigen, den Traum vom selbstbestimmten Wohnen zu verwirklichen und bietet Unterstützung an: „Inte-

Weiter auf Seite 6 ➡

Zukunft ohne Wachstum? Zukunft ohne Dörfer? – Demografischer Wandel im Mittelpunkt des 31. Zwischenahner Gesprächs

Bad Zwischenahn – Städte wachsen, ländliche Regionen schrumpfen. Dieser Trend ist längst in Niedersachsen, aber auch in anderen westdeutschen Gebieten angekommen. Der Ruf von Bürgermeistern aus Nordrhein-Westfalen, den Aufbau Ost zugunsten eines Aufbau West zu beenden, mag zwar populistisch sein, deutet aber zugleich die gesamte Tragweite des Problems an, das im demografischen und im wirtschaftsstrukturellen Wandel seine Ursprünge hat und darüber hinaus vielfältige Symptome in sich vereint. Beim 31. Zwischenahner Gespräch haben sich Referenten und Teilnehmer im April 2012 auf die Suche nach Lösungsansätzen gemacht.

Das Thema ist unangenehm. Die Wahrheiten sind unbequem. Doch die Problemlage ist so evident, dass Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Planer und viele mehr eigentlich nicht weiter die Augen davor verschließen können. Doch die Realität ist eine andere: „Bürgermeister, die zur Zukunft betroffener Gemeinden und Dörfer die nackte Wahrheit sagen, werden an die Wand genagelt“, fasste der Vorsitzende des Niedersächsischen Landkreistages, **Bernhard Reuter**, die Stimmung in der Kommunalpolitik zusammen. Stattdessen würden kurzsichtige Manöver wie etwa Babyprämien medial belohnt.

Ausgangspunkt der Diskussion in Bad Zwischenahn war eine aktuelle Studie des Berlin Instituts, deren Ergebnisse Dr. **Steffen Kröhnert** vorstellte. Grundsätzlich gilt demnach: Großstädtische Regionen gewinnen Bewohner hinzu; je weiter Dörfer von Oberzentren entfernt sind, desto größer ist dort die Schrumpfung; Orte schrumpfen und altern umso stärker, je kleiner sie sind. Kröhnert empfahl, diese „regionale Ungleichheit“ zu akzeptieren, überhöhte Standards an diese Schrumpfungsszenarien anzupassen, einen Fonds für Rückbau einzurichten und insbesondere die Handlungsautonomie auf regionale beziehungsweise lokale Ebenen zu verlagern.

Professor Dr. **Ulf Hahne** von der Universität Kassel unterstrich die Positionen Kröhnerts und sprach sich für die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements aus. Zudem dürfe es „interkommunales Handeln“ nicht nur in Modellvorhaben geben. Dazu bedürfe es allerdings eines „Gedankensprungs in den Regionen“.

Kritisch hinterfragte **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen,



Prof. Dr. Ulf Hahne, Uni Kassel, David R. Froessler, Innovationsagentur Stadtumbau NRW, Moderatorin Anja Würzberg, Dr. Steffen Kröhnert, Berlin Institut, Axel Gedaschko, GdW, und Bernhard Reuter, Landrat (v. l.)

die Rolle der Bundespolitik in Bezug auf den demografischen Wandel: „Im ersten Demografiebericht gibt es sechs Seiten zur Zukunft der Freiwilligen Feuerwehr, aber nur drei Zeilen zum Wohnen.“ Man wolle sich offenbar nicht mit den Bürgermeistern anlegen. Auch die Baugesetznovelle mit ihren Regelungen zum Umgang mit Schrottimmobilen sei für den GdW keine Lösung. Stattdessen forderte Gedaschko, „flächendeckende Abrisse“ bei denen zu fördern, die das Geld wieder in den Aufbau der Kommunen investieren.

„Der Verfall nährt den Verfall“, sagte **Bernhard Reuter**, Landrat des Landkreises Göttingen. Doch statt die Förderung auf die prosperierenden Zentren zu konzentrieren und die ländlichen Regionen zu vernachlässigen, sei ein „kommunaler Finanzausgleich“ nötig. „Wir haben kein Erkenntnisdefizit, aber ein Handlungsdefizit“, klagte der CDU-Politiker. Dieses werde durch einen „ruinösen Wettbewerb zwischen den Kommunen“ noch verschärft.

David R. Froessler von der Innovationsagentur Stadtumbau Nordrhein-Westfalen

(NRW) nannte zwei wesentliche Innovationshemmnisse auf kommunaler Ebene: „Man erkennt das Problem nicht an. Und man schiebt sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe.“ Er schlug vor, die „ewige Diskussion über die Städtebauförderung zu beenden und endlich vernetzte Förderinstrumente zu schaffen“.

Vielleicht, so schloss **Bernd Meyer**, Verbandsdirektor des vdw Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen, die Diskussion, müsse auch in anderen Bundesländern über eine Innovationsagentur nach NRW-Vorbild nachgedacht werden.

Das 31. Zwischenahner Gespräch stand bereits am ersten Tag unter dem Motto „Zukunft ohne Wachstum?“. Prof. Dr. **Max Otte** und der Chefvolkswirt der Bremer Landesbank, **Folker Hellmeyer**, diskutierten das Thema anhand der Entwicklung in der Eurozone. Während Otte dafür plädierte, kriselnde Staaten wie Griechenland aus der Gemeinschaftswährung auszuschließen, sprach sich Hellmeyer vehement dafür aus, die derzeitige Konstellation zu verteidigen.

Wie sich Wachstum und Schrumpfung auf unsere Städte auswirken, erläuterte sehr eindrücklich Prof. Dr. **Julian Nida-Rümelin**. Der ehemalige Kulturstaatsminister und mittlerweile Lehrstuhlinhaber an der Universität München, forderte eine „Kultur der Anerkennung“, die sich eben auch in der städtebaulichen Architektur manifestiere. Ohnehin sei Schrumpfung kein böses Schicksal. Ganz im Gegenteil. „Westeuropa ist weltweit die Avantgarde im Umgang mit dem demografischen Wandel“, sagte Nida-Rümelin. (ens/schi) ■

➔ Fortsetzung von Seite 5

ressierte können sich gern an uns wenden, um im Gespräch zu klären, ob die Gruppe eine Genossenschaft gründet oder sich mit

einem Wohnprojekt von einem Wohnungsunternehmen betreuen lässt. Die Gruppen sollten dabei bereits eine Vorstellung davon haben, wie groß das Projekt werden soll

und wer sich mit welchen Mitteln beteiligt. Ihnen sollte bewusst sein, dass sich alle Projektmitglieder einbringen müssen, jeder mit seinen individuellen Stärken.“ (hitschi) ■

Wohnungseigentümersammlung

25. Mai 2012, Bochum

Für den Verwalter der Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) ist die Eigentümersammlung immer der Lackmustest: Ihre Durchführung ist an enge gesetzliche Vorschriften gebunden, so dass formale Fehler schnell zur Nichtigkeit von Beschlüssen führen können. Die stringente, rechtlich einwandfreie und professionelle Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Eigentümersammlung zeichnet den Verwalter aus.

Weitere Infos: EBZ, Stephan Hacke, Telefon: 0234/9447566, E-Mail: s.hacke@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de/ebz-akademie

Energiekonzepte für die Gebäudesanierung

30. Mai 2012, Berlin

In diesem Seminar werden die Wechselwirkungen zwischen Dämm-Maßnahmen und Gebäudetechnik erörtert. Nach einem einführenden Überblick über Wärmeschutzmaßnahmen und moderne Gebäudetechnik liegt der Schwerpunkt auf sinnvollen Kombinationen der verschiedenen Wärmeerzeugungstechniken mit möglichen Wärmeschutzmaßnahmen im Hinblick auf Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit.

Weitere Infos: BBA, Sandra Niedergesäß, Telefon: 030/23085514, Internet: www.bba-campus.de/kalender

PERSÖNLICHES

Nachruf

Nach schwerer Krankheit ist **Manfred Fraaß**, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Wohnungsbau-Genossenschaft „Erfurt“ eG und seit Juli 2010 im Ruhestand, am 7. April 2012 verstorben. Herr Fraaß war von 1992 bis 1995 Vorsitzender des Verbandsrates des vtw. und Mitglied des Verbandsrates des GdW sowie von 2000 bis 2005 stellvertretender Vorsitzender des Verbandsrates des vtw. und Mitglied des Verbandsrates des GdW. Im Jahr 2003 erhielt er die Auszeichnungen „Ehrendadel des vtw.“ in Gold und die „Goldmedaille des GdW“. Die Trauerfeier für Herrn Fraaß fand in aller Stille am 27. April 2012 statt.

Peter Cordes, Geschäftsführer der GNSG Wohnbau Gemeinnützige Nordenhamer Siedlungsgesellschaft mbH, feierte am

6. Mai 2012 seinen 60. Geburtstag. Er ist gewähltes Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Wohnungsunternehmen.

Dagmar Reiß-Fechter, Geschäftsführender Vorstand des ESWiD Evangelischer Bundesverband für Immobilienwesen in Wissenschaft und Praxis e.V., feierte am 7. Mai 2012 ihren 60. Geburtstag. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft kirchlicher Wohnungsunternehmen sowie Vertreterin der Bundesarbeitsgemeinschaft kirchlicher Wohnungsunternehmen im GdW Verbandsrat.

Am 7. Mai 2012 vollendete **Ronald Meißner**, Verbandsdirektor des VdWg Verband der Wohnungsgenossenschaften Sachsen-Anhalt e.V., sein 55. Lebensjahr. Er ist Mitglied in der Konferenz der Verbände und in der Konferenz der Verbandsdirektoren.

IMPRESSUM

wi Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber: GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin: Katharina Burkardt
Redaktion: Klaus Schrader, Andreas Schichel

Anschrift der Redaktion: Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag: Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung: Tel. 0180 5050169*
Fax 0180 5050441*
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de
*0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 0,42 €/Min. mobil. Ein Service von dtms.

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich: 107 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestellungen sind schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Nachdruck oder elektronische Weiterverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Zinsentwicklung bis 08.05.2012
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

Konditionen am 08.05.2012 für wohnungswirtschaftliche Finanzierungen:	Zinsbindung	Sollzins	effektiv
5 Jahre	1,99%	2,01%	
10 Jahre	2,72%	2,75%	
15 Jahre	3,10%	3,15%	

Bedingungen: Erststellige Grundschuld auf wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder Bearbeitungsgebühren

Zurückliegende Veröffentlichungen zur Zinsentwicklung finden Sie unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html
Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de

wi Online-Archiv

Das Online-Archiv der wi steht Ihnen unter <http://archiv.hammonia.de> zur Verfügung.

Hier finden Sie auch eine Kurzanleitung zum Online-Archiv. Um auf das Online-Archiv der wi – zeitversetzt um zwei Monate – zugreifen zu können, benötigen Sie das aktuelle Passwort.

Das aktuelle Passwort für den Monat Mai: Neuland

XING-Gruppe „Wohnungswirtschaft im GdW“ – der Branchentreff im Social Web



In dem auf Beruf, Geschäft und Karriere spezialisierten sozialen Netzwerk „XING“ bietet die Gruppe „Wohnungswirtschaft

im GdW“ eine ideale Plattform zum Austausch und zur Diskussion über die aktuellen und brennenden Themen der Branche. Mitmachen können alle, die sich auf professioneller Ebene mit dem Wohnen beschäftigen. Im Forum – dem Herzstück der Gruppe – erhalten die Teilnehmer Informationen und Benachrichtigungen „in Echtzeit“ zu aktuellen politischen Entwicklungen, Zukunftstrends und Veranstaltungen rund um das Thema Wohnen. Fast 150 „Wohnprofis“ zählt die Diskussionsgruppe derzeit zu ihren Mitgliedern, Tendenz steigend. Alle Interessierten aus der Branche

können sich, sofern sie ein Profil im XING-Netzwerk angelegt haben, bei der Gruppe anmelden – neue Mitglieder jederzeit willkommen!

➔ Die Gruppe finden Sie auf www.xing.com im Menüpunkt „Gruppen finden“ unter „Wohnungswirtschaft im GdW“

12.-15. Juli 2012, EBZ Bochum

8. Julius-Brecht-Sommerakademie

Die Julius-Brecht-Sommerakademie im EBZ – Europäisches Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Bochum bietet talentierten Nachwuchskräften drei Tage lang topaktuellen fachlichen Input von Entscheidungsträgern der Branche. Erfolgreiche Praktiker, Vertreter der

wohnungswirtschaftlichen Verbände und renommierte Forscher treffen drei Tage lang auf talentierte Nachwuchskräfte. Behandelt werden spannende Fachthemen, die auch kontrovers diskutiert werden dürfen. In diesem Jahr werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem auf Alexander Rychter, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen, und auf Bernd Wortmeyer, Prokurist des Wohnungsunternehmens DOGEWO 21 aus Dortmund, treffen. Wie

in jedem Jahr werden nur solche Bewerbungen für die Sommerakademie berücksichtigt, die zusammen mit der konkreten Empfehlung eines Unternehmens eingesendet werden. Die Zahl der Plätze ist begrenzt.

➔ Das vollständige Programm sowie Infos finden Sie auf www.gdw.de unter „Veranstaltungen“

Recht so

Zum Einbau einer Videoanlage nach WEG

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Urteil vom 8. April 2011 (Az. V ZR 210/10) zum nachträglichen Einbau einer Videoanlage im Rahmen einer Wohnungseigentümergeinschaft Stellung genommen. In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt wurde der Antrag auf Genehmigung des Einbaus einer Videokamera im Klingeltableau in der Eigentümerversammlung abgelehnt. Der BGH entschied, dass der nachträgliche Einbau einer Videoanlage im gemeinschaftlichen Klingeltableau gemäß § 22 Absatz 1 Wohnungseigentumsgesetz (WEG) verlangt werden kann, wenn die Kamera nur durch Betätigung der Klingel aktiviert wird, eine Bildübertragung allein in die Wohnung erfolgt, bei der geklingelt wurde, die Bildübertragung nach spätestens einer Minute unterbrochen wird und die Anlage nicht das dauerhafte Aufzeichnen von Bildern ermöglicht. Sofern diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Zustimmung der anderen Wohnungsinhaber nicht erforderlich.

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Für den nachträglichen Einbau einer Videoanlage im gemeinschaftlichen Klingeltableau hat der BGH praktisch nachvollziehbare Voraussetzungen gefunden. Dem steht auch das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) nicht entgegen. Denn nach § 6b Absatz 1 Nr. 2 BDSG ist die Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume zulässig, soweit sie zur Wahrnehmung des Hausrechts erforderlich ist und keine Anhaltspunkte bestehen, dass schutzwürdige Interessen der Betroffenen überwiegen. Zum öffentlich zugänglichen Raum zählt auch der für jedermann zugängliche Eingangsbereich einer privaten Haus- oder Wohnungstür. Dem Zweck einer Videoanlage, nur solchen Personen Einlass in das Haus zu gewähren, über deren Identität oder Lauterkeit sich der Hausrechtsinhaber vergewissert, steht unter diesen Voraussetzungen auch das BDSG nicht entgegen.“



Foto: Sebastian Schobbert

ZAHL DER WOCHE

49

Prozent der Privathaushalte haben einen Flachbildfernseher. Immer mehr private Haushalte tauschen Röhrengeräte gegen Flachbildschirme: Anfang 2011 besaßen bereits 49 Prozent der privaten Haushalte in Deutschland einen Flachbildfernseher.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, steht damit nun in jedem zweiten Haushalt ein solches Gerät – im Jahr 2010 stand es lediglich in gut jedem dritten (37 Prozent). Im Vergleich zu 2010 ist dies ein Zuwachs von 12 Prozentpunkten. Bei keinem anderen Ausstattungsgegenstand privater Haushalte gibt es einen vergleichbaren Anstieg.

Insgesamt sind seit Jahren konstant etwa 96 Prozent der Haushalte mit mindestens einem Fernseher ausgestattet.